Senioren Union CDU Newsletter

Oktober2026

Senioren-Union der CDU Deutschlands

Verantwortlich für den Inhalt nach § 18 Abs. 2 MStV:
Claus Bernhold, stellv. Bundesvorsitzender
Konrad-Adenauer-Haus
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Telefon: 030-22070445
Telefax: 030-22070449
E-Mail: seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de

Von diesem Newsletter können Sie sich hier abmelden.

(Zur Bearbeitung von Texten und Recherche wird ggf. die Unterstützung KI in Anspruch genommen. KI-erzeugte Bilder sind gekennzeichnet)

Liebe Mitglieder der Senioren-Union,
liebe Freundinnen und Freunde,


Foto: DBT Stella von Saldern

wir haben mehr erreicht, als viele glauben: Konkrete Fortschritte für die ältere Generation!

In der öffentlichen Debatte wird zu häufig über Streit und ungelöste Probleme gesprochen. Dabei gerät aus dem Blick, was die schwarz-rote Bundesregierung unter Bundeskanzler Friedrich Merz in der Sozialpolitik bereits auf den Weg gebracht hat. Die Bilanz kann sich sehen lassen: Bei Rente, Pflege und Gesundheit sind wichtige Entscheidungen gefallen, die Millionen Menschen betreffen und die soziale Sicherheit stärken sollen.

Bei der Rente zählen konkrete Ergebnisse: Das Rentenniveau bleibt bis 2031 bei 48 Prozent. Die Mütterrente wird ausgeweitet, sodass Kindererziehungszeiten künftig unabhängig vom Geburtsjahr der Kinder umfassender anerkannt werden. Die Umsetzung der erweiterten Mütterrente soll 2027 beginnen.

Mit der seit Januar 2026 geltenden Aktivrente können Menschen nach Erreichen der Regelaltersgrenze bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei hinzuverdienen. Das ist ein klares Signal: Erfahrung zählt, Leistung lohnt sich auch im Alter. Hinzu kommen die geplante Stärkung der betrieblichen und die Reform der privaten Altersvorsorge.

Mit der beschlossenen Frühstart-Rente soll zudem bereits bei Kindern und Jugendlichen der Grundstein für eine zusätzliche Altersvorsorge gelegt werden. Das Vorhaben ist beschlossen, die praktische Umsetzung steht allerdings noch aus. Entscheidend wird sein, dass das Modell tatsächlich einen wirksamen Beitrag zur langfristigen Vorsorge leistet.

Auch die Pflegepolitik kommt voran. Pflegefachkräfte haben seit Januar 2026 mehr eigenständige Befugnisse, Bürokratie soll abgebaut werden. Mit dem vom Bundeskabinett beschlossenen Pflegeneuordnungsgesetz werden weitere Verbesserungen vorbereitet: Die Pflegeversicherung soll finanziell stabilisiert, die häusliche Pflege gestärkt und pflegenden Angehörigen eine fachliche Pflegebegleitung ermöglicht werden.

Ein besonderes Anliegen der Senioren-Union ist die Sicherung der Rentenbeiträge für pflegende Angehörige. Wer Familienmitglieder pflegt, leistet einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft und entlastet zugleich die sozialen Sicherungssysteme. Diese Leistung muss auch bei der eigenen Alterssicherung angemessen berücksichtigt werden. Deshalb setzen wir uns nachdrücklich dafür ein, dass die Rentenbeiträge für pflegende Angehörige nicht gekürzt werden. Hier braucht es verlässliche politische Entscheidungen, damit Menschen, die Verantwortung für andere übernehmen, im Alter nicht selbst benachteiligt werden.

Auch die Gesundheitsversorgung wird gezielt weiterentwickelt. Die Bundesregierung hat Maßnahmen zur Stabilisierung der Krankenkassenbeiträge und zur Reform der Notfallversorgung auf den Weg gebracht. Zugleich werden die Krankenhausstrukturen modernisiert. Ziel ist es, Kostensteigerungen zu begrenzen und die medizinische Versorgung verlässlich zu sichern. Für ältere Menschen ist das besonders wichtig: Sie

müssen sich darauf verlassen können, auch künftig gute medizinische Hilfe und eine möglichst wohnortnahe Versorgung zu erhalten.

Natürlich sind nicht alle Herausforderungen gelöst. Gerade bei Pflege und Gesundheit stehen weitere schwierige Entscheidungen an. Auch bei der Altersvorsorge kommt es darauf an, dass Ankündigungen und Beschlüsse tatsächlich im Alltag der Menschen ankommen. Es wäre jedoch falsch, die bereits angestoßenen Fortschritte kleinzureden. Die Koalition hat wichtige Vorhaben auf den Weg gebracht: Sie stärkt die gesetzliche Rente, würdigt Lebensleistung, verbessert die Rahmenbedingungen für Pflegekräfte und arbeitet an einer zukunftsfesten Gesundheitsversorgung.

Als Senioren-Union werden wir die weiteren Reformen konstruktiv begleiten und dort nachdrücklich Verbesserungen einfordern, wo sie notwendig sind.

Wir haben gute Gründe, konkrete Ergebnisse selbstbewusst zu benennen und die weitere Arbeit mit Zuversicht zu begleiten. Entscheidend ist jetzt, dass die angestoßenen Reformen konsequent umgesetzt werden und ihre Wirkung im Alltag der Menschen entfalten.

Herzliche Grüße

Ihr



Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU

…

Die Senioren-Union der CDU sieht in der Einsetzung der Pflegestrukturkommission ein wichtiges und richtiges Signal. Damit werde deutlich, dass die Herausforderungen in der Pflege entschlossen angegangen werden.



„Mit seinem stringenten Vorgehen unterstreicht Gesundheitsminister Linnemann Handlungsbereitschaft und -fähigkeit. Das ist ein wegweisendes Signal für alle, die auf eine verlässliche Pflegeversorgung angewiesen sind“, erklärt Hubert Hüppe, Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU. Hüppe erwartet von der Einsetzung der Pflegestrukturkommission greifbare und tragfähige Lösungen.

„Wir gehen davon aus, dass die Kommission im vorgesehenen Zeitrahmen konkrete, praxistaugliche und finanzierbare Lösungen vorlegt, die zügig in politische Entscheidungen münden“, betont Hüppe.

„Unser Ziel ist eine Pflegepolitik, die Pflegebedürftige und ihre Angehörigen verlässlich unterstützt, Pflegekräfte stärkt und die häusliche, wie die stationäre Versorgung dauerhaft sichert. Dazu gehört aber auch, die öffentlichen Haushalte im Blick zu behalten. Wir müssen – wo immer möglich - vorhandene Mittel effizienter einsetzen, Bürokratie konsequent abbauen und verantwortbare Einsparpotenziale nutzen – ohne dadurch die Qualität der Pflege zu gefährden.“

70 Jahre Ungarnaufstand – Erinnerungen, die uns verpflichten

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Senioren-Union,

der 23. Oktober 1956 ist ein Tag, der in die europäische Geschichte eingegangen ist. Der Ungarnaufstand steht für den unbändigen Willen von Menschen, in Freiheit zu leben und selbst über ihr Schicksal zu bestimmen.

Mich bewegt dieser Jahrestag besonders. Er erinnert daran, dass Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeit sind. Gerade wir als ältere Generation wissen, wie wertvoll sie sind und wie wichtig es ist, diese Erkenntnis an die jüngeren Generationen weiterzugeben.

Diesen 70. Jahrestag möchte ich deshalb zum Anlass nehmen, gemeinsam mit Ihnen an den Mut des ungarischen Volkes zu erinnern und uns bewusst zu machen, welche Verantwortung wir für Freiheit, Demokratie und Frieden tragen.

Beigefügt übersende ich Ihnen einen Beitrag, in dem einige Gedanken aus der Senioren-Union zu diesem historischen Ereignis und seiner Bedeutung für unsere Zeit zusammengefasst werden.

Ergänzend dazu hat uns Dr. Péter Györkös, der Botschafter von Ungarn in der Bundesrepublik Deutschland, der der Senioren-Union seit vielen Jahren eng verbunden ist, das beigefügte Grußwort zur Verfügung gestellt.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und freue mich, wenn wir gemeinsam dazu beitragen, die Erinnerung an den Kampf für Freiheit lebendig zu halten.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr



Hubert Hüppe
Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU Deutschlands



Am 23. Oktober 2026 jährt sich der Beginn des Ungarnaufstandes zum 70. Mal. Für die ältere Generation der CDU und der Senioren-Union ist dieser Jahrestag weit mehr als ein Blick zurück in die Geschichte. Er weckt Erinnerungen an bewegende Bilder, an den Mut eines Volkes, das sich gegen Unterdrückung erhob, und an die brutale Niederschlagung eines Freiheitskampfes durch sowjetische Panzer.

Viele Seniorinnen und Senioren haben die Ereignisse des Herbstes 1956 als Zeitzeugen erlebt, andere erinnern sich an die Nachrichten, die Bilder und die Erschütterung, mit der der Aufstand in Deutschland aufgenommen wurde. Die Forderungen der Ungarn waren klar: Freiheit, Demokratie, nationale Selbstbestimmung und das Ende der sowjetischen Bevormundung. Was als Studentendemonstration in Budapest begann, entwickelte sich zu einem landesweiten Volksaufstand. Am 4. November 1956 schlug die Sowjetunion die Erhebung mit militärischer Gewalt nieder. Tausende Menschen verloren ihr Leben, Hunderttausende flohen aus ihrer Heimat.

„Der Ungarnaufstand hat uns vor Augen geführt, welchen Preis Menschen für ihre Freiheit zu zahlen bereit sind – und wie grausam es ist, wenn ein Regime den Willen seines Volkes mit Gewalt unterdrückt.“

Mit diesen Worten bringt Hubert Hüppe, Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU, die historische Bedeutung des Aufstandes auf den Punkt. Hüppe wurde wenige Tage nach Beginn des Aufstandes geboren. Auch wenn er die Ereignisse selbst nicht bewusst miterlebte, gehört auch für ihn die Erinnerung an den Freiheitskampf der Ungarn zu jener Geschichte, aus der sich für jede Generation Verantwortung ableitet.

Für die Senioren-Union ist der 70. Jahrestag deshalb auch ein Anlass, die Bedeutung von Freiheit und Frieden für unsere Gegenwart hervorzuheben. Freiheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie bedeutet, seine Meinung ohne Angst äußern, politische Verantwortung mitbestimmen, sich frei informieren und in Würde leben zu können. Wo Menschen diese Rechte vorenthalten werden, ist keine Freiheit.

Die Erinnerung an 1956 ist zugleich mit der deutschen Geschichte verbunden. Der Freiheitswille der Menschen in Mittel- und Osteuropa blieb über Jahrzehnte lebendig. Als Ungarn 1989 seine Grenze zu Österreich öffnete, wurde dies zu einem wichtigen Schritt auf dem Weg zur Überwindung der deutschen Teilung. Die Sehnsucht nach Freiheit, die 1956 gewaltsam unterdrückt worden war, ließ sich auf Dauer nicht auslöschen.

Hubert Hüppe: „Die Generation, die Krieg, Diktatur und die Teilung Europas erlebt hat, weiß aus eigener Erfahrung: Freiheit und Frieden sind kostbare Güter. Wir dürfen sie niemals als

selbstverständlich betrachten. Unsere Aufgabe ist es, die Erinnerung an jene wachzuhalten, die für Freiheit und Selbstbestimmung eingestanden sind, und diese Werte an die jüngeren Generationen weiterzugeben."

Die Senioren-Union verneigt sich vor dem Mut der ungarischen Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfer und gedenkt der Opfer der Niederschlagung des Aufstandes. Ihr Vermächtnis bleibt aktuell: Demokratie braucht Menschen, die für sie eintreten, Freiheit braucht Schutz, und Frieden braucht den Willen, Konflikte ohne Gewalt zu lösen.

Siebzig Jahre nach dem Ungarnaufstand gilt deshalb mehr denn je: Freiheit und Frieden sind keine Geschenke der Geschichte. Sie sind Verpflichtung und Auftrag für jede Generation.

+++

Seit vielen Jahren ist Dr. Péter Györkös, der Botschafter von Ungarn in der Bundesrepublik Deutschland, der Senioren-Union eng verbunden und regelmäßiger Gast und Redner bei verschiedensten Ereignissen und Veranstaltungen.
Dr. Györkös hat uns aus aktuellem Anlass das folgende Grußwort zur Verfügung gestellt.

Botschafter von Ungarn

70 Jahre Ungarische Revolution und Freiheitskampf von 1956

Die Ungarische Revolution und der Freiheitskampf von 1956 sind weit mehr als ein prägendes Kapitel unserer Nationalgeschichte. Sie sind Teil einer gemeinsamen europäischen Freiheitsgeschichte, die Ungarn und Deutschland auf besondere Weise miteinander verbindet.

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR, die Ungarische Revolution vom 23. Oktober 1956 und der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 stehen für den unerschütterlichen Freiheitswillen der Menschen in Mittel- und Osteuropa.

Der ungarische Freiheitskampf wurde 1956 durch sowjetische Panzer blutig niedergeschlagen. Doch die Sehnsucht nach Freiheit ließ sich nicht ersticken. Der Mut und das Opfer der damaligen Freiheitskämpfer wirkten über Generationen hinweg fort und trugen schließlich Früchte: Am 23. Oktober 1989, genau 33 Jahre nach Beginn der Revolution, wurde in Budapest die Republik Ungarn ausgerufen.

Auch die deutsche Einheit ist untrennbar mit dieser Geschichte verbunden. Mit der Öffnung seiner Grenze für DDR-Flüchtlinge im September 1989 leistete Ungarn einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung der deutschen und europäischen Teilung. Bundeskanzler Helmut Kohl würdigte dies mit den unvergesslichen Worten: „Ungarn hat damals den ersten Stein aus der Mauer geschlagen."

Wenn wir heute der Helden und Opfer von 1956 gedenken, erinnern wir zugleich daran, dass Freiheit und Selbstbestimmung keine Selbstverständlichkeit sind. Ihr Vermächtnis ist uns Verpflichtung, diese Werte auch für kommende Generationen zu bewahren.

Dr. Péter Györkös
Botschafter von Ungarn in der Bundesrepublik Deutschland

Bundesvorsitzender der Senioren-Union beim Deutschlandtag der Jungen Union: „Zusammen sind wir stärker“.

Hubert Hüppe unterstützt Renten- und Pflegereformen und fordert entschlossenes Vorgehen gegen Antisemitismus



Beim Deutschlandtag der Jungen Union hat der Bundesvorsitzende der Senioren-Union der CDU, Hubert Hüppe, für eine enge Zusammenarbeit der Generationen in der Union geworben. In seinem mehrfach von Beifall unterbrochenen Grußwort dankte er der Jungen Union für die gute Zusammenarbeit und bekannte sich zu notwendigen Reformen bei Rente und Pflege. Zugleich forderte er einen konsequenten Kampf gegen Antisemitismus.

Reformen sichern den Sozialstaat

Hüppe verteidigte die Vorschläge der Rentenkommission gegen politische Kritik. Reformen seien kein Angriff auf den Sozialstaat, sondern notwendig, um ihn dauerhaft zu erhalten. Besonders wichtig sei ihm die Leistungsgerechtigkeit: Wer jahrzehntelang gearbeitet und auch bei niedrigen Löhnen Beiträge gezahlt habe, müsse im Alter spürbar mehr haben als jemand, der nie oder kaum Beiträge geleistet habe.

„Der, der arbeitet, muss mehr haben als der, der nicht arbeitet“, betonte Hüppe. Die CDU müsse wieder stärker die Menschen vertreten, die jeden Tag aufstünden und durch ihre Arbeit Verantwortung übernähmen.

Auch in der Pflegeversicherung seien Reformen unverzichtbar. Hüppe verwies auf die stark gestiegenen Leistungszahlen und Ausgaben: Die Zahl der Leistungsempfänger sei von 2,9 Millionen vor Einführung der Pflegegrade auf inzwischen mehr als sechs Millionen gestiegen. Die Ausgaben hätten sich von 31 Milliarden Euro im Jahr 2016 auf 74 Milliarden Euro im Jahr 2025 erhöht. Es gehe nicht darum, Pflegebedürftigen Leistungen vorzuenthalten, sondern die Pflegeversicherung langfristig zu sichern und Bürokratie abzubauen.

„Wieder ist jetzt“: Klare Haltung gegen Antisemitismus



Eindringlich unterstützte Hüppe den Einsatz der Jungen Union gegen Antisemitismus. Wenn jüdische Studierende aus Hörsälen gedrängt, jüdische Gäste abgewiesen oder Veranstaltungen wegen der jüdischen Herkunft von Künstlern abgesagt würden, müsse die Gesellschaft handeln.

„Dann heißt der Spruch nicht: ‚Nie wieder ist jetzt‘, sondern er muss heißen: ‚Wieder ist jetzt‘“, erklärte Hüppe. Antisemitismus müsse in allen seinen Erscheinungsformen bekämpft werden – ob von rechts, von links oder in importierter, islamistisch geprägter Form. Jüdische Menschen müssten in Deutschland sicher leben können. Es dürfe nicht dazu kommen, dass sie aus Angst das Land verließen, während ihre Bedroher blieben.

Gemeinsam stärker

Zum Abschluss unterstrich Hüppe die Bedeutung starker Vereinigungen innerhalb der CDU. Eine starke Junge Union sei heute wichtiger denn je. Ebenso brauche die CDU eine starke Senioren-Union, die Erfahrung und Interessen der älteren Generation einbringe. Seine Botschaft an die Delegierten: „Zusammen sind wir noch stärker.“ (CB)

Infos vom Landesparteitag der CSU

REDE VON BUNDESKANZLER FRIEDRICH MERZ

Bundeskanzler und CDU-Vorsitzender Friedrich Merz betonte die gute Zusammenarbeit innerhalb der Union: „**Wir stehen zusammen und wir halten zusammen, weil wir wissen, dass es gerade in diesen Wochen, Monaten auf uns ankommt**. Das zeigen diese Tage, in denen wir gerade leben, ganz besonders. Und ein Parteitag der CSU bietet immer auch eine besondere Mischung. Hier gibt es klare Ansagen. Hier gibt es Orientierung für den Freistaat und für unser ganzes Land.“ **Markus Söder sei „die starke Stimme“ für die CSU in Bayern, aber auch im Bund**Merz lobte darüber hinaus die **CSU-Bundesminister Dorothee Bär, Alois Rainer und Alexander Dobrindt** im Bundeskabinett, diese **seien echte Leistungsträger im Kabinett**.
Der Bundeskanzler mahnte, den Reformkurs jetzt beizubehalten: „Unsere Wirtschaft steht unter Druck. Viele Menschen in unserem Land leiden unter den gestiegenen Preisen. Und unsere sozialen Sicherungssysteme stehen vor enormen Herausforderungen. Deshalb brauchen wir Reformen. **Und wir brauchen diese Reformen nicht irgendwann, sondern wir brauchen diese Reformen jetzt.**“

ZUR REDE VON FRIEDRICH MERZ

LEITANTRÄGE

Den Leitantrag **"Näher am Menschen - Für ein bürgernahes und bodenständiges Bayern"** können Sie **hier** herunterladen.

Den Leitantrag **"Demokratie schützen - Freiheit verteidigen - Zukunft gestalten"** können Sie **hier** herunterladen.

DIE HIGHLIGHTS DES PARTEITAGS

Für alle, die nicht live vor Ort dabei sein konnten und alle, die die **Highlights des Parteitags noch einmal erleben** wollen haben wir für Sie ein Best of vorbereitet.

Zum Best of CSU-Parteitag 2026 mit Markus Söder und Friedrich Merz

Senioren-Union der CSU und Staatsminister Manuel Knoll: Generationenübergreifend die Demokratie stärken

In einem intensiven Austausch hat der Landesvorstand der Senioren-Union der CSU die Felder für eine enge Zusammenarbeit mit dem neuen Staatsminister für Jugend und Demokratie abgesteckt und im Austausch mit Manuel Knoll, MdL, gemeinsame Ziele definiert. „Die Senioren-Union spricht in ihrer grundsätzlich generationenübergreifenden Politik gerade auch die Jugend an. Wir geben die Erfahrungen im Aufbau unserer Gesellschaft vielfach weiter. In den kommenden Monaten werden wir intensiv an der Stärkung einer wehrhaften Demokratie arbeiten und haben damit viele gemeinsame Zielsetzungen mit dem neu ernannten Staatsminister“, erklärt der Landesvorsitzende der Senioren-Union, Franz Meyer. Staatsminister Knoll knüpfte an diese Aussage an und unterstrich: „Der Begriff Demokratie im Namen des neu geschaffenen Amts steht als ein Programm für alle Generationen und ich freue mich, wenn wir mit der Senioren-Union dabei an einem Strang ziehen, das Erfolgsmodell der Demokratie der gesamten Gesellschaft zu vermitteln.“



Im Mai dieses Jahres hatte Knoll als der Landesvorsitzende der Jungen Union bei einer gemeinsamen Sitzung der Vorstände der Senioren-Union der CDU Deutschlands und der CSU schon die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit unterstrichen. Bei der Oktober-Sitzung des Landesvorstands der Senioren-Union wurden jetzt die Aspekte der Kooperation und der gemeinsamen Interessen vertieft. „Das Jahresmotto der wehrhaften Demokratie entspricht auch meiner Zielsetzung, gerade der jungen Generation die Bedeutung unserer Gesellschaftsordnung zu erklären, die für Frieden, Freiheit und Wohlstand in den letzten Jahrzehnten gesorgt hat. Ich will dazu beitragen, dass dieses Erfolgsmodell nicht nur beibehalten, sondern ausgebaut wird. Gerade die politischen Parteien der Mitte müssen bei allen Altersgruppen, auch bei der Jugend, wettbewerbsfähiger werden“, betonte dabei der in der Staatskanzlei angesiedelte Staatsminister bei dem Gedankenaustausch. „Als Jugendminister will ich den direkten Kontakt mit den Verbänden und Vereinen in der Jugendarbeit, aber auch mit der nicht organisierten Jugend suchen und in einen intensiven, direkten Austausch eintreten.“

Einig waren sich Staatsminister Knoll und der Landesvorstand der Senioren-Union darin, dass die Aussagen und Programme der Parteien verständlicher werden müssten. „Die Volksparteien im Allgemeinen, die CSU im Besonderen müssen deutlicher machen, wofür sie stehen. Wir müssen daran arbeiten, dass es eine klar definierte Marke der Union gibt, die eindeutig und unverkennbar sichtbar macht, für welche Werte und welche Ziele CDU und CSU stehen“, forderte Knoll. „Wir gratulieren Manuel Knoll zu seiner Ernennung und zu seiner herausfordernden Aufgabe, die in der aktuellen politischen Diskussion eine besondere Bedeutung bekommen hat“, fasste Franz Meyer den Austausch mit dem Staatsminister und Vorsitzenden der Jungen Union zusammen. „Wir wollen in den kommenden Monaten in den Mittelpunkt stellen, was die Grundelemente einer wehrhaften Demokratie sind und wie wir dafür sorgen können, dass alle Bevölkerungsgruppen und Altersgruppen die Vorteile der Demokratie und ihrer Basis im christlichen Menschenbild verstehen.“

Bildrechte: Peter Kellner/ Senioren-Union der CSU

Pflegende Angehörige brauchen mehr Unterstützung und verlässliche Perspektiven
Hüppe: „Wer Angehörige pflegt, darf bei Einkommen und Alterssicherung nicht allein gelassen werden“
Die Senioren-Union der CDU würdigt die aktuelle

Studie der Bertelsmann Stiftung und der Prognos AG zur Vereinbarkeit von Angehörigenpflege und Beruf.

Die Ergebnisse machen deutlich, wie dringend bessere Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige gebraucht werden. Wenn bis 2045 voraussichtlich 13,3 Prozent der Bevölkerung im Erwerbsalter Angehörige pflegen und dadurch rechnerisch bis zu 229.000 Vollzeitstellen verloren gehen könnten, ist das ein deutliches Warnsignal.



„Pflegende Angehörige leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Sie übernehmen Verantwortung, stellen eigene Bedürfnisse zurück und ermöglichen Millionen Pflegebedürftigen, möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung zu leben. Diese Leistung verdient nicht nur Anerkennung, sondern konkrete politische Unterstützung“, erklärt Hubert Hüppe, Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU.

Mehr als 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt. Angehörige tragen damit einen wesentlichen Teil der Pflegeverantwortung und entlasten zugleich die professionelle Pflege und die Pflegeversicherung. Umso wichtiger ist es, sie vor Überlastung, finanziellen Nachteilen und vermeidbaren Einbußen bei ihrer Alterssicherung zu schützen.

Die Senioren-Union hat sich deshalb mit Nachdruck gegen die geplante Kürzung der Rentenbeiträge für pflegende Angehörige eingesetzt und die vollständige Beibehaltung dieser Beiträge erreicht. Das ist ein konkreter Erfolg für Menschen, die zugunsten ihrer Angehörigen beruflich zurückstecken und dabei nicht auch noch Nachteile bei ihrer späteren Rente hinnehmen dürfen.

Die Senioren-Union fordert weitere konkrete Verbesserungen:

- **Verlässliche Entlastung schaffen:** Familien benötigen erreichbare ambulante Pflegedienste sowie ausreichend Tages- und Kurzzeitpflege. Eine bessere Beratung, feste Ansprechpartner und schnelle Hilfe bei Krisen müssen selbstverständlich sein.

- **Häusliche Pflege stärken:** Prävention, Rehabilitation und praktische Hilfen müssen stärker in den Mittelpunkt rücken. Pflegebedürftigkeit soll möglichst lange hinausgezögert und eine Verschlechterung des Gesundheitszustands verhindert werden. Dafür braucht es eine kommunale Pflegebedarfsplanung, die Versorgungslücken rechtzeitig erkennt.

- **Beruf und Pflege besser vereinbaren:** Flexible Arbeitszeiten, verlässliche Absprachen mit Arbeitgebern und Unterstützung beim beruflichen Wiedereinstieg können dazu beitragen, dass pflegende Angehörige ihre Erwerbstätigkeit nicht dauerhaft aufgeben müssen.

- **Finanzielle Nachteile ausgleichen:** Wer seine Arbeitszeit reduziert oder seine Berufstätigkeit vorübergehend unterbricht, um einen Angehörigen zu pflegen, darf mit den Einkommensverlusten nicht allein gelassen werden. Die Senioren-Union setzt sich deshalb für eine bedarfsgerechte Lohnersatzleistung bei notwendiger Pflegeauszeit oder vorübergehender Arbeitszeitreduzierung ein. Die Finanzierung soll dabei nicht über die Sozialversicherung erfolgen.

Besonders ernst nimmt die Senioren-Union die Erkenntnis, dass Frauen einen überproportionalen Anteil der Pflegearbeit übernehmen und dadurch häufig berufliche Chancen und eigene Alterssicherung verlieren. Pflegeverantwortung muss partnerschaftlicher verteilt werden können. Dafür braucht es passende Unterstützungsangebote und Rahmenbedingungen, die Frauen wie Männern eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ermöglichen.

Die Senioren-Union hat sich darüber hinaus mit erfolgreichen Anträgen und Forderungen auf CDU-Bundesparteitagen sowie gegenüber der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Belange älterer und pflegebedürftiger Menschen eingesetzt. Dazu gehören der Abbau von Diskriminierung und die Verbesserung der Integration und Inklusion Pflegebedürftiger.

„Häusliche Pflege ist keine Privatsache, die Familien allein bewältigen müssen. Sie ist eine gesellschaftlich unverzichtbare Leistung. Wer Pflegebedürftige zu Hause versorgt, verdient Unterstützung und darf nicht dafür bestraft werden, dass er Verantwortung übernimmt. Wir brauchen eine Pflegepolitik, die Angehörige stärkt, Pflegebedürftigen ein Leben in Würde ermöglicht und die finanziellen Folgen der Pflege fair verteilt“, betont Hüppe.

Die Studie der Bertelsmann Stiftung unterstreicht aus Sicht der Senioren-Union, dass eine nachhaltige Pflegepolitik sowohl die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen als auch die Lebenssituation ihrer Angehörigen berücksichtigen muss. Gute Pflege, berufliche Teilhabe und eine verlässliche Alterssicherung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. (CB)

Die Studie und weitere Materialien finden Sie hier

...



Senioren-Union unterstützt Linnemanns Kurs bei Cannabis

Hüppe: „Gesundheitsschutz hat Vorrang vor ideologischen Experimenten“

Die Senioren-Union der CDU will die Regeln für den Erwerb von Cannabis verschärfen und unterstützt den Kurs von Bundesgesundheitsminister Carsten Linnemann. Insbesondere müsse der geplante Ausschluss des Versandhandels mit Medizinalcannabis zügig umgesetzt werden. Zugleich fordert die Senioren-Union, die bereits vorliegenden Ergebnisse der Evaluation des Cannabisgesetzes konsequent auszuwerten und daraus politische Konsequenzen zu ziehen.



„Wenn Cannabis über das Internet quasi auf Knopfdruck bestellt werden kann, hat das mit verantwortungsvoller Gesundheitsversorgung nichts mehr zu tun“, erklärt der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Hubert Hüppe. „Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die klare Haltung des Bundesgesundheitsministers. Medizinisches Cannabis gehört in ärztliche Verantwortung und nicht in einen Versandhandel ohne persönliche Beratung.“

Hüppe verweist zugleich auf die inzwischen vorliegenden Evaluationsergebnisse: „Wir haben jetzt erste belastbare Erkenntnisse über die Folgen der Cannabis-Teillegalisierung. Diese Ergebnisse dürfen nicht in Schubladen verschwinden. Wir brauchen Konsequenzen statt weiterer Verzögerungen. Gesundheitsschutz, Kinder- und Jugendschutz müssen dabei Vorrang haben.“

Besonders wichtig sei der Schutz junger Menschen. „Wenn die Evaluation deutliche Defizite beim Kinder- und Jugendschutz und bei der Prävention zeigt, dann besteht dringender Handlungsbedarf“, so Hüppe. „Die allgegenwärtige und immer leichter zugängliche Verfügbarkeit von Cannabis kann Hemmschwellen senken und suchtförderndes Verhalten begünstigen. Der Schutz unserer Kinder und Enkel ist wichtiger als ideologische Vorstellungen von falsch verstandener Liberalität.“

Die Senioren-Union erwartet deshalb, dass die Koalitionsfraktionen die geplanten Verschärfungen beim Medizinalcannabis zügig beraten und umsetzen und die Ergebnisse der Cannabis-Evaluierung umfassend parlamentarisch auswerten.

.....

Wer heute die Terroristen des 7. Oktober feiert, sollte mit härtesten Konsequenzen rechnen. Wir dürfen nicht zulassen, dass in Deutschland Juden Angst um ihr Leben haben müssen Wir gedenken der Opfer, die am 7. Oktober 2023 durch den Terrorangriff der Hamas verletzt, verschleppt und ermordet wurden.



Senioren Forum in NRW

Auf Einladung der CDU-Landtagsabgeordneten Klaus Hansen und Britta Oellers fand das 2.Senioren Forum der CDU-Landtagsfraktion statt.
Dass die Senioren der CDU nicht egal sind, zeigte auch die Präsenz des Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Thorsten Schick und des Innenministers Herbert Reul (einer von uns).



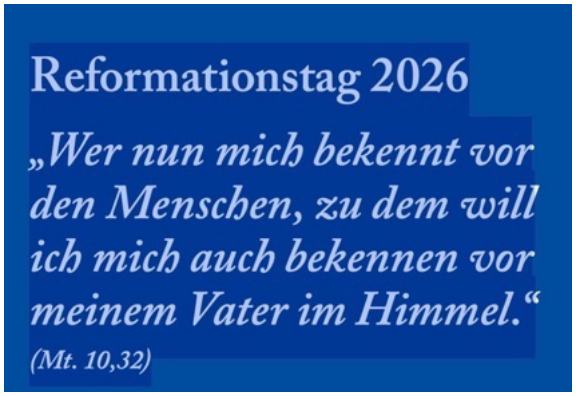
„Ich habe mich als erstes für den Arbeitskreis Digitalisierung, der von unserer **Landesvorsitzenden Dr. Anette Bunse** geleitet wurde, entschieden und habe betont, dass wir die Digitalisierung nicht ablehnen, aber auch sicherstellen wollen, dass dadurch Menschen nicht ausgeschlossen werden! Auch die Möglichkeit mit Bargeld zu zahlen muss erhalten bleiben. Auch das gehört zur Barrierefreiheit!!
Danach war ich noch beim Arbeitskreis zum Thema Sicherheit. Viele Senioren wissen, dass sich das Stadtbild in den letzten Jahren verändert hat. Die CDU bleibt in NRW die Partei der Sicherheit. Nicht ganz so einfach in einer Koalition mit den Grünen. Aber vieles gelingt. Mit dabei auch **Dr. Dieter Braun, seines Zeichens Bundesschatzmeister** der Senioren-Union“, berichtet Hubert Hüppe.



Vor Ort bei der JUNGE UNION

Jung und alt gemeinsam- nicht nur auf Bundesebene, sondern auch im Kreis Unna!
„Auf Einladung des Vorsitzenden der Jungen Union des Kreises Unna, Tim Stohlmann Unna habe ich am Samstagmorgen über aktuelle bundespolitische Themen gesprochen und diskutiert. Super aufmerksames Publikum mit guten Fragen. Kritisiert wurde der Social Media Auftritt der CDU (die Senioren-Union kam da besser weg🤗). Ich habe dafür geworben, emotionaler und kantiger dort aufzutreten. Wir müssen deutlicher machen, dass unsere freiheitliche Demokratie und Gesellschaft auf dem Spiel stehen“, zieht der Bundesvorsitzende der Senioren-Union Bilanz.

aus dem EVANGELISCHEN ARBEITSKREIS



Unzählige Herrscher, Mächte und Gewalten hier auf Erden wollen uns buchstäblich das Fürchten lehren. Tagtäglich werden wir – gerade in der Politik – gezielt bombardiert mit apokalyptischen Droh-Szenarien, mit Negativ-Botschaften und Narrativen der Einschüchterung, Erniedrigung und der Erzeugung von grauenvollen Schreckensbildern, die nur einen einzigen Zweck verfolgen, uns nämlich ganz und gar zu beherrschen, abhängig zu machen und angstverkrümmt klein zu halten. Bei (Mt. 10,32) den meisten Menschen funktioniert diese Taktik perfekt – und wohl auch nicht zuletzt deshalb kommen die freien und rechtsstaatlichen Demokratien weltweit ja auch zunehmend in Bedrängnis. Das alles war schon immer so, bekanntermaßen auch schon zu Luthers Zeiten.

Die Tyrannen und Despoten unserer Zeit haben diese Taktik der Einschüchterung natürlich noch weiter perfektioniert, denn ihre Haupt-Waffe, über die Leiber und Seelen der Menschen zu herrschen, ist die bewusste Verbreitung von Angst und Furcht. Das geht dann bisweilen so weit, dass sich noch immer wie- der – an allen Orten und zu allen Zeiten – eine hinreichend lautstarke Anzahl von verirrten Geistern zusammenfindet, die selbst im natürlichen menschlichen Überlebensimpuls und der legitimen Verteidigung der ureigensten Menschen-, Lebens- und Freiheitsrechte nur noch lediglich eine ungebührliche und gefährliche Provokation gegenüber dem eigentlichen Aggressor erkennen wollen. Hier offenbart sich in erschreckender Weise der Geist der Furcht, der Knechtsgeist der Unterwerfung, der Feigheit und der Kapitulation vor dem Bösen.

Doch Furcht und Angst sind die tatsächlichen Endgegner unseres Glaubens! Christus ermutigt uns darum zum standfesten Bleiben in der Wahrheit Gottes, die allein rettet und frei macht: „Fürchtet euch nicht vor denen, die den Leib töten, doch die Seele nicht töten können, fürchtet vielmehr den, der Leib und Seele vernichten kann im letzten Gericht" (besser als in der üblichen Übersetzung des gr. *γέενva* mit „Hölle"/C.M., Mt. 10,28). Das bedeutet: Vertraut und setzt unbeirrt auf Gott allein, den Retter und Richter der Welt und wahren Herren über alle Mächte und Gewalten. All diese furchteinflößenden gottlosen Menschenschinder und-schlächter, die sich hier auf Erden als Herren über Leben und Tod aufspielen, die auf ihren selbstgezimmerten und wackeligen Thronen hocken und bisweilen so arg Leib und Seele bedrängen, auch sie werden am Ende selbst in die Grube fahren und vor SEIN Gericht treten müssen.

Martin Luther wusste selbst nur zu allzu genau, was Anfechtung, Angst und Furcht in unserem Leben bedeuten. Dennoch hielt er zeitlebens unbeirrt und tapfer daran fest, dass man Gott eben mehr gehorchen und fürchten müsse als die Menschen: „Fürchte dich allein vor Gott und sonst vor niemand, denn der Herr, dein Gott, ist bei dir"!

Pastor Christian Meißner, EAK-Bundesgeschäftsführer



Hüppe erwartet von der Einsetzung der Pflegestrukturkommission greifbare und tragfähige Lösungen.

Die Senioren-Union der CDU sieht in der Einsetzung der Pflegestrukturkommission ein wichtiges und richtiges Signal. Damit werde deutlich, dass die Herausforderungen in der Pflege entschlossen angegangen werden.

„Mit seinem stringenten Vorgehen unterstreicht Gesundheitsminister Linnemann Handlungsbereitschaft und -fähigkeit. Das ist ein wegweisendes Signal für alle, die auf eine verlässliche Pflegeversorgung angewiesen sind", erklärt Hubert Hüppe, Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU.

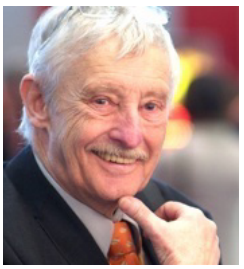


„Wir gehen davon aus, dass die Kommission im vorgesehenen Zeitrahmen konkrete, praxistaugliche und finanzierbare Lösungen vorlegt, die zügig in politische Entscheidungen münden", betont Hüppe. „Unser Ziel ist eine Pflegepolitik, die Pflegebedürftige und ihre Angehörigen verlässlich unterstützt, Pflegekräfte stärkt und die häusliche, wie die stationäre Versorgung dauerhaft sichert. Dazu gehört aber auch, die öffentlichen Haushalte im Blick zu behalten. Wir müssen – wo immer möglich - vorhandene Mittel effizienter einsetzen, Bürokratie konsequent abbauen und verantwortbare Einsparpotenziale nutzen – ohne dadurch die Qualität der Pflege zu gefährden."

…..



Zu (guter) Letzt....



Kein Bündnis auf Kosten von Freiheit, Sicherheit und Vernunft, Berlin ist kein Experimentierfeld für Links-Rot-Grün

Von allen guten Geistern verlassen – diesen Eindruck vermitteln die Sondierungen und Verhandlungen von SPD, Grünen und Linkspartei in Berlin. Unfähig die Probleme der Hauptstadt anzupacken, werden ideologische Projekte vorangetrieben, grundlegende Werte infrage gestellt und neue Konflikte geschaffen.

Dass neben vielen anderen prominenten und ernst zu nehmenden Stimmen von den Grünen und aus der SPD ausgerechnet Cem Özdemir, ein profilierter Realo der Grünen, diesem Kurs entschieden widerspricht, sollte ein Alarmzeichen sein.

Wenn Selbstverständlichkeiten wie das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels oder die Ablehnung von Clankriminalität erst mühsam in Koalitionsverhandlungen festgeschrieben werden müssen, ist einiges ziemlich faul im politischen Grundverständnis der möglichen Partner. Özdemirs deutliche Distanzierung ist deshalb mehr als ein innerparteilicher Warnruf.

Das Existenzrecht Israels ist keine Verhandlungsmasse. Die Ablehnung von Antisemitismus und Extremismus ist keine Frage zweckdienlicher, taktischer Formulierungen und die konsequente Bekämpfung von Kriminalität ist keine unverbindlich anzustrebende Option. Beides gehört zum unverzichtbaren Fundament unserer Werteordnung.

Wer darüber erst in einem Vertrag Klarheit schaffen muss, hat ein ernstes Glaubwürdigkeitsproblem. SPD und Grüne dürfen sich nicht mit wohlklingenden Absichtserklärungen zufriedengeben. Sie müssen prüfen, welche Kräfte innerhalb der Linkspartei den politischen Kurs bestimmen und ob ein demokratischer Konsens überhaupt infrage kommt.

Berlin ist zu schade für links-rot-grüne Experimente. Berlin braucht eine Regierung, die demokratische Grundwerte nicht erst am Verhandlungstisch entdeckt, sondern aus Überzeugung lebt. Eine Regierung, die wirtschaftliche Vernunft über ideologische Wunschträume stellt, Freiheit verteidigt, Sicherheit garantiert und Verantwortung übernimmt – statt die Zukunft der Hauptstadt aufs Spiel zu setzen.

Es ist noch Zeit zur Umkehr, sie sollte genutzt werden, meint Claus Bernhold

---

Übrigens

Falls Sie unseren monatlichen Newsletter abonnieren oder weiterempfehlen wollen...

...hier der passende **Link** zu unseren Internetseiten.

Senioren Union CDU